

20.11.2006 | Gesundheitsreform

Kassenwechsel wegen Überforderungsklausel nicht ausgeschlossen

Die Bundesregierung hält es für möglich, dass Versicherte mit einem niedrigen Einkommen nach der geplanten Gesundheitsreform von einer Krankenkasse mit einem Zusatzbeitrag unter acht Euro zu einer Kasse mit einem Zusatzbeitrag oberhalb dieser Grenze wechseln, um in den Genuss der Überforderungsklausel zu kommen.

Ein solches Wechselverhalten sei nicht in jedem Fall auszuschließen, jedoch nicht plausibel, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (16/3409) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/2948). Plausibel und vorteilhaft wäre für Versicherte vielmehr der Wechsel zu einer Kasse mit niedrigerem Zusatzbeitrag oder Beitragsrückzahlung. Weiter heißt es, viele Versicherte würden sich gerade nach der Gesundheitsreform ihre Krankenkasse nach dem auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Leistungsangebot aussuchen. Die Regierung betont darüber hinaus, dass die Zuweisungen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen im Startjahr 2009 deren durchschnittliche Ausgaben zu 100 Prozent abdecken werden.